



---

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses (SozA/XV/001/2006)

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 06.12.2006  
**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:45 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus-Neubau, Zimmer 413

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Frau Beate Stammwitz

---

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Günter Ammermann

---

#### Ausschussmitglieder

Herr Olav Fricke

---

Frau Annegret Hahn

---

Frau Engeline Kramer

---

Frau Beatrix Kuhl

Vertreterin für Herrn Dr. Klasen

---

Herr Gerd Lübbers

Vertreter für Herrn Düngemann

---

Herr Gerald Nicolai

---

Herr Friedhelm Park

---

Herr Michael Runden

Vertreter für Frau van Loo-  
Hackenberg

---

Herr Michael Weber

(bis TOP 4)

---

#### beratende Mitglieder

Frau Hulda Bakker

---

Herr Gerhard Brockschmidt

---

Frau Kreszentia Neckritz

---

Herr Wolfgang von Garrel

---

## **Verwaltung**

Herr Torsten Blank	Protokollführer
Herr Klaas Plagge	Fachdienstleiter Soziales
Herr Weert Reinders	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Kultur

## **Gäste**

Herr Gerhard Haken	Projektgruppe Behindertenstadtführer
Frau Katja Schatilowa	Projektgruppe Behindertenstadtführer
Herr Peter Tautz	Sanierungsbüro GFS

## **Abwesend:**

## **Ausschussmitglieder**

Herr Walter Düngemann
Herr Dr. Matthias Klasen
Frau Heike van Loo-Hackenberg

## **beratende Mitglieder**

Frau Alma Bischof-Peters
Frau Lenchen Olthoff

## **Verwaltung**

Herr Wolfgang Kellner	Bürgermeister
-----------------------	---------------

## **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Sanierungsmaßnahmen Leer-Oststadt "Soziale Stadt"  
- Sachstandsbericht -
3. Wohnstudie/Mehrgenerationenhaus  
Vorlage: 3.50/XV/0061/2006
4. Antrag der Türkisch-Deutschen-Freundschaftsgesellschaft Leer e.V. auf finanzielle Förderung der Migrationsarbeit im Jahre 2007  
Vorlage: 3.50/XV/0060/2006
5. Sachstandsbericht zur Erstellung eines Behindertenstadtführers
6. Bericht des Behindertenbeirates
7. Bericht des Seniorenbeirates
8. Anfragen
9. Informationen

## Protokoll/Niederschrift:

### **TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Stammwitz eröffnete um 16:00 Uhr die erste Sitzung des Ausschusses in der neuen Wahlperiode und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere auch die neuen Ausschussmitglieder und beratenden Mitglieder. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 2 Sanierungsmaßnahmen Leer-Oststadt "Soziale Stadt" - Sachstandsbericht -**

Herr Reinders skizzierte einleitend die Grundzüge der Sanierungsmaßnahme Soziale Stadt und begrüßte Herrn Tautz vom Sanierungsbüro GFS.

Herr Tautz stellte sodann den aktuellen Stand der Modernisierungsvorhaben des städtischen Wohnungsbestandes in der Gräfin-Theda-Straße vor. Das Sanierungsmanagement sei im Frühjahr diesen Jahres beauftragt worden, zu klären, welchen Bedarfsgruppen die städtischen Wohnungsbestände in der Gräfin-Theda-Straße zukünftig dienen sollen. Er stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse dieser Untersuchung vor.

Der Wohnungsbestand in der Gräfin-Theda-Straße beträgt insgesamt 43 Wohnungen, mit einer Wohnfläche von 1.888 qm. Die 11 Gebäude haben ein Baualter von rund 50 Jahren.

Die Wohnungsgröße beträgt durchschnittlich 43 qm, eine Wohnung ist rd. 80 qm groß. Derzeit seien alle Wohnungen vermietet. Die Wohnungen sollen auch zukünftig der Versorgungsaufgabe der Stadt dienen und nach Abschluss der Modernisierungsmaßnahmen auch für Empfänger von Arbeitslosengeld II geeignet sein. Zur Mieterstruktur lasse sich noch anführen, dass im Stadtgebiet kleine Wohnungen für ein und zwei Personen zu einem angemessenen Mietzins benötigt werden.

Zur Modernisierung der Wohnungen würden insbesondere folgende Maßnahmen empfohlen werden:

- Wärmedämmung der Außenwände,
- Erneuerung der Fenster und Außentüren
- Wärmedämmung der Dächer
- Erneuerung der Dächer (wo nicht bereits geschehen)
- Einbau einer neuen Heizungsanlage
- Erneuerung der Bäder
- Elektroinstallation (Steigeleitung, FI-Schutz, Unterverteilung)
- Wohnumfeldverbesserung

Bei Bedarf könnten die Erdgeschosswohnungen behindertengerecht und/oder zumindest schwellenfrei gestaltet werden. Auch eine Zusammenlegung der Wohnung sei technisch möglich. Nach einer ersten Auswertung ergibt sich ein Gesamtinvestiti-

onsbedarf für alle Gebäude in der Gräfin-Theda-Straße von rd. 1 Mio. € (somit 500,- € bis 600,- € je qm Wohnfläche). Dies entspreche je Haus rd. 103 T€ und je Wohnung rd. 26.000 €.

Zu den Fördermöglichkeiten führte Herr Tautz an, dass Städtebaufördermittel i.H.v. 18 % der Kosten in Anspruch genommen werden könnten. Außerdem sei eine Förderung durch die LTS durch zinslose Darlehen sowie durch KfW-Mittel in Form von zinsgünstigen Darlehen möglich. Zur weiteren Verfahrensweise teilte Herr Tautz abschließend mit, dass zunächst die Mieter im Rahmen einer Mieterversammlung über die geplanten Modernisierungsmaßnahmen aufgeklärt werden sollten. Danach sollte der Runde Tisch und die Sanierungskommission über die Maßnahmen informiert und das Konzept sodann dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Park bat um Mitteilung, wie hoch die derzeitigen Mieten seien und ob geplant sei, das Investitionsvolumen von 1 Mio. € als Modernisierungsmieterhöhung umzulegen.

Hierzu teilte Herr Tautz mit, die derzeitige durchschnittliche qm-Miete beträgt ca. 2,60 €. Gesetzlich sei vorgeschrieben, dass maximal 11 % des Investitionsvolumens als Mieterhöhung umgelegt werden könne. Angaben darüber, in welcher Höhe eine Anhebung der Miete aufgrund der Modernisierung notwendig werden wird, können zur Zeit noch nicht gegeben werden.

Herr Runden regte an zu überprüfen, ob eine Brauchwassererwärmung bzw. eine Sonnenenergienutzung in die Modernisierungsmaßnahmen mit einbezogen werden kann. Herr Tautz sagte eine Überprüfung zu.

Herr von Garrel fragte an, ob in den Förderrichtlinien vorgeschrieben sei, dass nach einem behindertengerechten Umbau der Wohnungen, diese auch von Behinderten bezogen werden müssen. Herr Tautz antwortete, dieses sei nicht bekannt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Ausschuss den Bericht über die geplanten Modernisierungsmaßnahmen des städtischen Wohnungsbestandes in der Gräfin-Theda-Straße sowie die weitere Vorgehensweise, zunächst in Form der Information der Mieter durch eine Mieterversammlung, zur Kenntnis nimmt.

Herr Reinders gab im Anschluss an die Diskussion über die Modernisierung des städtischen Wohnungsbestandes in der Gräfin-Theda-Straße einige weitere aktuelle Informationen aus der Sozialen Stadt weiter.

- Die nächste Sitzung des Runden Tisches findet am 09.01.07 um 19:30 Uhr im Nachbarschaftstreff statt.
- Der Pavillon am Bahnübergang werde im Januar `07 fertiggestellt werden. Im Erdgeschoss solle, wie bereits bekannt, ein Cafe sowie eine Bücherei eingerichtet werden. Die Art der Nutzung der Empore werde zur Zeit noch abschließend geklärt. Er bedauere es sehr, dass es leider nicht gelungen sei, die Empore behindertengerecht zugänglich zu machen. Aufgrund der sehr beengten Platzverhältnisse sei der Einbau eines Aufzuges oder ähnlichem nicht möglich.

- Bei dem im September `06 gegründeten Bewohnerverein werde zur Zeit das formelle Genehmigungsverfahren abgewickelt. Herr Reinders schlug vor, den Vorstand des Vereins zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.
- Der erste Bauabschnitt beim Spielplatz Stephanring sei im Herbst abgeschlossen worden. Der Ausbau der Spielwiese ziehe sich noch etwas hin, so dass hierfür die Förderfrist verlängert wurde.

Herr Brockschmidt wies eindringlich daraufhin, der Behindertenbeirat sei enttäuscht und empört über die vorgestellten neuen Pläne zur Nutzung des Pavillons beim Bahnübergang. Aus einem Zeitungsbericht über die Sitzung der Sanierungskommission habe man erfahren müssen, dass ein zentrales Kulturbüro mit Ticketverkauf für Kunst- und Kulturveranstaltungen auf der Empore eingerichtet werden soll. Ebenso sollen verschiedene Einrichtungen und Personen, wie die VHS, die Kreismusikschule und andere dort auftreten. Auch das Zentrum für Arbeit habe Interesse bekundet. Da aber kein Aufzug eingeplant sei, würden Behinderte und viele ältere Menschen zwangsläufig von den Angeboten ausgeschlossen und vom kulturellen Leben ferngehalten werden. Dieses würde der immer wieder angepriesenen Integration von Behinderten entgegenstehen. Er bat um Mitteilung, ob das Nutzungskonzept mit den Richtlinien der Sozialen Stadt zu rechtfertigen und bereits beschlossen sei und ob der Seniorenbeirat über die Pläne informiert wurde.

Herr Reinders wies daraufhin, dass die geplanten Nutzungskonzepte des Pavillons bereits in mehreren Gremien ausführlich von ihm vorgetragen wurden.

Die Frage von Herrn Nicolai, ob sich der Bau des Pavillons noch im vorgesehen finanziellen Rahmen bewege, wurde von Herrn Reinders bejaht.

Frau Kuhl bat um Mitteilung, ob der Einbau eines Aufzuges aus finanziellen Gründen oder wg. der beengten räumlichen Verhältnisse scheitern würde. Da es sich bei dem geplanten Kulturbüro um eine öffentliche Anlaufstelle und somit um eine Einrichtung der Stadt handelt, sollte diese auch behindertengerecht zugänglich sein.

Hierzu führte Herr Tautz aus, ursprünglich sei der Bereich der Empore als Luftraum ohne eine weitere Nutzung vorgesehen worden. Im weiteren Verlauf der Planungen kam man dann zu der Überlegung, zusätzlich eine Empore einzurichten, wo evtl. ein Kulturbüro oder Ähnliches seinen Platz finden könnte. Die Nutzungsmöglichkeit dieses Bereiches sei mit einer Größe von knapp 40 qm allerdings sehr eingeschränkt und würde durch den Einbau eines Aufzuges noch weiter reduziert werden.

Herr Park nahm Bezug auf die Ausführungen von Herrn Brockschmidt und regte an, das Nutzungskonzept entsprechend zu überdenken und eine behindertengerechte Lösung anzustreben. Der durch das Kulturbüro vorgesehene Kartenverkauf für Veranstaltungen solle durch die Tourismuszentrale wahrgenommen werden. Er schlug vor, das Cafe über zwei Etagen und das Kulturbüro im Erdgeschoss einzurichten.

Herr Tautz nahm sodann Bezug auf die von Herrn Brockschmidt aufgeworfenen Fragen und erläuterte, die bei der Förderstelle eingereichten Pläne und Nutzungskonzepte für den Pavillon mit der Empore seien genehmigt worden.

Frau Kramer stellte fest, mit dem geplanten Konzept würden Körperbehinderte von der Nutzung des Angebotes ausgeschlossen werden. Weiter wurde von ihr um Mitteilung gebeten, wo das jetzige Nutzungskonzept beschlossen wurde. Sie stellte den Antrag, dass seitens der Verwaltung das Nutzungskonzept neu überdacht und in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt wird.

Hierauf antwortete Herr Reinders, die grundsätzliche Form der Nutzung sei in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14.12.2005 festgelegt worden. Herr Reinders wies weiter daraufhin, dass sich der Mietvertrag über den Pavillon auf die gesamte Gebäudefläche beziehe und der Mieter auch ein Kulturangebot zulassen müsse bzw. in dem bereits abgeschlossenen Mietvertrag auch zugelassen hat. Die Verhandlungen mit dem jetzigen Mieter seien nicht einfach verlaufen und bei erneuten Verhandlungen müsse auch Rücksicht auf die Wünsche des Mieters genommen werden.

Die Frage von Frau Stammwitz, ob das Kulturbüro mit dem Kartenvorverkauf als zusätzliche Anlaufstelle zu den bereits bestehenden Vorverkaufsstellen gedacht sei, wurde von Herrn Reinders bejaht.

Frau Stammwitz ließ sodann über den Antrag von Frau Kramer abstimmen.

### **Beschluss (einstimmig):**

**Die Verwaltung wird beauftragt, das derzeit geplante Nutzungskonzept (Kulturbüro) für den Pavillon am Bahnübergang, insbesondere in Bezug auf eine bessere Behindertenzugänglichkeit, neu zu überdenken und in der nächsten Ausschuss-Sitzung vorzustellen.**

### **TOP 3      Wohnstudie/Mehrgenerationenhaus Vorlage: 3.50/XV/0061/2006**

Herr Reinders verwies einleitend auf die Vorlage und bat Herrn Tautz zunächst um Ausführungen zu den Ergebnissen der Wohnstudie.

Herr Tautz führte aus, die Wohnstudie diene der Darstellung von Handlungsfeldern, die sich in der Stadt Leer aus dem demographischen Wandel ergeben würden. Zu Beginn der Arbeit seien zunächst Daten und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und die bisherige Angebots-/Nachfragesituation und Versorgungssituation ausgewertet worden. Auch habe man sich an Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen beteiligt. Im weiteren Fortgang wurden Gespräche mit potentiellen Akteuren, wie z. B. Bauverein, Nachbarschaftshilfe, Bewohnerverein etc. geführt. Hieraus habe man u. a. als Ergebnis erhalten, dass es im Sanierungsgebiet derzeit keine barrierefreien Wohnungsangebote gäbe. Der Bauverein plane jedoch den Neubau eines Gebäudes mit 20 Wohnungen am Hoheellernweg sowie den sukzessiven Umbau von 70 Wohnungen in der V.-Jhering-Straße. Die Vermarktungserfahrung in diesem Zusammenhang zeige, dass die Nachfrage nach entsprechenden Wohnungen im Sanierungsgebiet hoch sei und sich so für die Stadt Leer diverse

Handlungsfelder ergeben würden. Die möglichen Handlungsfelder lassen sich unter dem Ziel, eigenständig alt werden in der eigenen Wohnung, dabei in ein soziales Netz eingebunden sein und die Möglichkeit haben, ergänzende Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, zusammenfassen. Dieses Ziel habe oberste Priorität, an anderen Wohnformen, wie z. B. Altenwohngemeinschaft etc., bestehe nur geringes Interesse. Als Konsequenz ergäbe sich hieraus eine frühzeitige Anpassung im Wohnungsbestand durch Modernisierung, Umbau und ergänzende Neubauten. Die Stadt könne hierbei beispielsweise potentielle Investoren und Interessierte unterstützen und beraten.

Herr Reinders dankte für die Ausführungen und nahm Bezug auf das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus der Bundesregierung. Hierbei müsse es sich nicht zwangsläufig um ein Wohngebäude handeln, in welchem mehrere Generationen unter einem Dach zusammen wohnen. In erster Linie sei an ein Beratungszentrum gedacht, welches bis zum Jahre 2010 in jedem Landkreis eingerichtet werden soll. Die Stadt Leer habe mit Schreiben vom 04.10.06 dem Landkreis Leer Interesse an der Errichtung eines solchen Hauses signalisiert. Nunmehr sei es notwendig, mit möglichen Trägern zu sprechen, um dem Landkreis Leer konkrete Vorschläge unterbreiten zu können.

Der Ausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

Herr Park fragte an, welche Kosten der Vertrag mit der GFS und re.urban verursache und wie die Finanzierung sichergestellt sei.

Hierzu teilte Herr Tautz mit, die Erstellung der Wohnstudie habe keine zusätzlichen Kosten verursacht, sondern sei durch den ursprünglichen Vertrag mit der Stadt Leer abgedeckt. Die Kosten für diesen Vertrag über ca. 10.000,- € werden im Rahmen der Sozialen Stadt finanziert.

Frau Kramer wies daraufhin, dass in Meppen ein Mehrgenerationenhaus eingerichtet wird.

**TOP 4      Antrag der Türkisch-Deutschen-Freundschaftsgesellschaft Leer e.V. auf finanzielle Förderung der Migrationsarbeit im Jahre 2007  
Vorlage: 3.50/XV/0060/2006**

Frau Stammwitz verwies auf die Sitzungsvorlage.

Herr Park machte darauf aufmerksam, es sei sinnvoll, dass auch für die Frauen und Kinder eine weibliche Ansprechperson beim TDFG zur Verfügung stehe. Hierzu teilte Herr Reinders mit, dieses sei gewährleistet.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat Frau Stammwitz um Beschlussfassung.



## **Beschluss (einstimmig):**

**Die Türkisch-Deutsche-Freundschaftsgesellschaft Leer e.V. erhält - wie in den Vorjahren - auch im Jahre 2007 einen Zuschuss in Höhe von 1.500,00 € unter der Voraussetzung, dass auch der Landkreis Leer einen Zuschuss in gleicher Höhe gewährt.**

## **TOP 5 Sachstandsbericht zur Erstellung eines Behindertenstadtführers**

Herr Reinders stellte zunächst Frau Schatilowa, die im Rahmen eines Praxissemesters, sowie Herrn Haken, der im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit über das Zentrum für Arbeit, mit der Erstellung eines Behindertenstadtführers beschäftigt seien, vor.

Frau Schatilowa stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation das Konzept des Leeraner Stadtführers für Menschen mit Behinderungen vor. Ziel des Stadtführers sei es, den behinderten Mitbürgern, Neubürgern und Touristen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, sich in der Stadt Leer bewegen und zurechtfinden zu können. Durch den Stadtführer werde die Integration behinderter Menschen ins gesellschaftliche und kulturelle Leben der Stadt gefördert. Der Stadtführer diene der Orientierung auf den Straßen, in den öffentlichen Gebäuden, im Dienstleistungssektor und in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Sport. In den Stadtführer sollen die Einrichtungen aufgenommen werden, die für die Erledigung täglicher Angelegenheiten wichtig sind, wie z. B. Behörden, Vereine und Organisationen. Auch der Bereich des Gesundheitswesens sei durch Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken und Sanitätshäuser reichlich vertreten. Speziell für Touristen könnten Informationen über Sehenswürdigkeiten, Hotels bzw. Übernachtungsmöglichkeiten aufgenommen werden. Als erster Arbeitsschritt wurde im Bereich des Gesundheitswesens insgesamt 125 Ärzte, Apotheke etc. angeschrieben und um Beantwortung von Fragen, beispielsweise zu barrierefreien Eingängen und Parkmöglichkeiten, gebeten. Die Beantwortung der Fragen erfolge selbstverständlich auf freiwilliger Basis, ebenso die Aufnahme der Daten und Angaben in den Stadtführer. Die Informationen sollen dann einheitlich mit Hilfe von Symbolen, wie z. B. für Rollstuhlfahrer voll zugänglich oder behindertengerechte Toilette, im Stadtführer dargestellt werden. Über den Stadtführer in gedruckter Form hinaus, ist eine Präsentation im Internet geplant. Diese wurde bislang zur Erprobungszwecken im Intranet der Stadtverwaltung aufgebaut und von Frau Schatilowa entsprechend erläutert. Abschließend stellte sie dar, weitere Aufgabe der Projektgruppe sei es nunmehr, Informationen zu allen Bereichen zu sammeln und zusammenzufassen, um dann als Endergebnis den Stadtführer herausgeben zu können.

Herr Brockschmidt befürwortete die weitere Fortführung der Entwicklung eines Behindertenstadtführers und betonte die gute Zusammenarbeit zwischen dem Projektteam und dem Behindertenbeirat.

Herr Plagge bedankte sich für die Präsentation der bisherigen Arbeitsergebnisse des Projektteams Behindertenstadtführer und führte weiter aus, die Diskussionen um die Erstellung eines solchen Ratgebers für Behinderte würden nunmehr schon seit zwei Jahren geführt werden. Das heute präsentierte Arbeitsergebnis habe man in relativ kurzer Zeit und ohne große Kosten erarbeiten können. Bislang seien für den Bereich

des Gesundheitswesens weitgehend alle Informationen gesammelt worden, die Arbeit müsse sich aber noch weit darüber hinaus in anderen Bereichen fortsetzen. Frau Schatilowa und Herr Haken stünden dem Projekt nur zeitlich begrenzt zur Verfügung, die Politik müsse entscheiden, in welcher Form die Arbeit fortgesetzt werden soll.

Frau Kramer stellte den Antrag, die Verwaltung solle Vorschläge erarbeiten, in welcher Form die Erstellung des Leeraner Stadtführers für Menschen mit Behinderungen fortgeführt werden kann.

Frau Stammwitz ließ über den Antrag von Frau Kramer abstimmen.

### **Beschluss (1 Enthaltung):**

**Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, ob und in welcher Form die Erstellung des Leeraner Stadtführers für Menschen mit Behinderungen fortgeführt werden kann.**

## **TOP 6 Bericht des Behindertenbeirates**

Herr Brockschmidt machte auf folgende Punkte aufmerksam:

- a) Die aufgrund der Neuwahl des Stadtrates erforderlich gewordene Neuwahl des Behindertenbeirates sei erfolgt. In der nächsten Ausschusssitzung werde die Ämterverteilung bekannt gegeben werden.
- b) Der Behindertenbeirat habe an die Verwaltung den Antrag gestellt, dass in der Stadtmitte eine behindertengerechte öffentliche Toilette eingerichtet wird. Das bis zum Neubau der Tourismuszentrale am Hafen befindliche Toilettenhäuschen wurde abgerissen und solle nicht mehr aufgestellt werden. Zwar gäbe es in der Tourismuszentrale eine behindertengerechte Toilette, diese sei aber bei Schließung der Zentrale nicht mehr erreichbar. Es sei deshalb notwendig, in der Stadtmitte wie der eine öffentliche Toilette für Menschen mit und ohne Behinderung einzurichten.

Auf die Frage von Herrn Park, ob bekannt sei, wie viele behinderte Menschen es im Bereich der Stadt Leer gäbe, antwortete Herr Brockschmidt, dass hierüber keine Zahlen vorliegen würden. Auf Bundesebene gehe man von einem Anteil in Höhe von ca. 10 % der Bevölkerung aus, diesen Prozentsatz könne man auch auf das Stadtgebiet übertragen.

## **TOP 7 Bericht des Seniorenbeirates**

Herr Ammermann teilte mit, dass nach der Neuwahl des Stadtrates noch keine Sitzung des Seniorenbeirates stattgefunden habe. Zur Zeit sei man mit der Organisation der Seniorenweihnachtsfeiern beschäftigt.

## **TOP 8      Anfragen**

Frau Kramer regte an, sich in der nächsten Ausschusssitzung mit der aktuellen öffentlichen Diskussion über Armut zu beschäftigen. Hier sollte konkret erarbeitet werden, wie viele Personen in Leer unter der Armutsgrenze leben, wie viele Personen Arbeitslosengeld II beziehen und was hiergegen, insbesondere auch gegen Kinderarmut, getan werden könne.

Frau Hahn fragte an, aus welchen Gründen die mehrtägigen Seniorenfahrten in den letzten Jahren mit demselben Anbieter durchgeführt und nicht leerer Busfirmen dafür in Anspruch genommen werden.

Herr Plagge antwortete, man habe sehr positive Erfahrungen mit dem jetzigen Anbieter gemacht. Die Teilnehmer hätten immer wieder nicht nur das hervorragende Reiseprogramm, sondern insbesondere auch die Qualität des Personals und der Reisebusse bestätigt.

### Protokollnotiz:

Die Seniorenfahrten sind wiederholt, zuletzt vor drei Jahren, ausgeschrieben worden. Örtliche Unternehmen hatten sich entweder erst gar nicht beworben, oder konnten sich aus Kosten- und Qualitätsgründen nicht gegen den aktuellen Anbieter durchsetzen.

## **TOP 9      Informationen**

Herr Plagge informierte über eine Anfrage der AWG-Fraktion zu den angemessenen Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II-Bezieher unter Bezugnahme auf ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 07.11.2006.

Die Antwort ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

Frau Stammwitz schloss um 17:45 Uhr die Sitzung.

gez. Beate Stammwitz

gez. Weert Reinders

gez. Torsten Blank

Vorsitzende

Fachbereichsleiter

Protokollführer

F.d.R.:

Protokollführer